

Politische Rundschau. Deutschland.

* Kaiser Wilhelm ist am Dienstag früh zu den Besichtigungsfahrten für den Erzherzog in Wien eingetroffen.

* Fürst Bismarck wird, wie ein Berliner Blatt erzählt, seinen achtzigsten Geburtstag nicht in Friedrichsruh, sondern auf seinem Stammsitz Schönhausen verleben. Dort wird, wie es weiter heißt, am 1. April auch der Kaiser eintreffen und mehrere Stunden bei dem Altreichkanzler zum Besuche verweilen. In Schönhausen sollen deshalb bereits Vorbereitungen zum würdigen Empfang der hohen Gäste getroffen werden.

* Auf die an auswärtige Mächte ergangene Einladung zur Eröffnungsfest der Nord-Ostsee-Kanal haben diese Mächte bereits zugestimmt. Auch Frankreich wird sich durch einen Admiral entsenden lassen, unter dessen Kommando zwei Kriegsschiffe neuester Konstruktion stehen werden. Ebenso wird ein russischer Admiral mit zwei Kriegsschiffen kommen.

* Der im Reichsamt des Innern ausgearbeitete Gesetzentwurf betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, woran den Bundesregierungen und interessierten Korporationen zur Begutachtung zugestellt worden. An der Hand der eingelaufenen Gutachten ist man jetzt in eine Revision des Entwurfs eingetreten. Der letztere soll noch in der laufenden Session dem Reichstag zugehen.

* Der telegraphische Unfall-Melbedienst ist von der Reichspost- und Telegraphenverwaltung im Jahre 1894 bei weiteren 1035 Telegraphenanstalten eingeführt worden. Die Zahl der Orte, in welchen der Unfall-Melbedienst besteht, ist dadurch von 6577 auf 7612 Ende 1894 gestiegen. Die Unfall-Melbedienste sind seitens des Publikums im letzten Viertel 1894 zur Aufgabe von 4229 Unfall-Meldungen benutzt worden; von diesen sind 3209 durch Erkrankungen von Menschen, 770 aus Anlaß von Vieherkrankungen, 99 wegen Feuers, 22 wegen Wassergefahr und 129 aus sonstigen Anlässen übrig geworden. Es haben sonach täglich im Durchschnitt 46 Unfallmeldungen telegraphische Beförderung erhalten.

* Die Tabaksteuer-Kommission des Reichstages hat sich konstituiert und besteht zunächst aus 15 Gegnern und 13 Freunden der Vorlage.

* Die Zentrumsabgg. Minten und Gen. hatten zur Kurzvorlage einen Zusatzantrag gestellt, wonach auch die öffentliche Zeugung des Faisens Gottes und der Unsterblichkeit der Seele unter Strafe gestellt sein soll. Die Nordd. Allgem. Ztg. führt hiergegen an leitender Stelle aus, daß ein solcher Zusatz den Charakter der Vorlage vollständig verändern und schließlich eine Mehrheit im Reichstag finden würde.

* Dem Reichstage ist eine mit 153 836 Unterschriften versehene Petition zugegangen, die sich gegen alle etwaigen Vorschläge auf Abänderung des Margarine-Gesetzes vom 12. Juli 1887 wendet. Es wird in der Petition ausgeführt, daß die Margarine ein für alle nicht wohlhabenden Klassen der Bevölkerung unentbehrliches Nahrungsmittel geworden sei.

* Die fast täglichen Sitzungen des preuß. Staatsministeriums beschäftigen sich, wie der Hamb. Korr. wissen will, mit Vorschlägen zur Hebung der Landwirtschaft, die dem Staatsrat in Konkurrenz mit dem Antrag König und als Ersatz für denselben vorgelegt werden dürften. Damit hängt die Verzögerung des Termins für die Beratung des Staatsrats zusammen.

Frankreich.

* Eine vom Marineminister bei den Beamten der Arsenalen angeordnete Hausjuchung hat große Erregung hervorgerufen. Die Blätter fragen mit Bestürzung, ob es möglich sei, noch irgend einen Teil der öffentlichen Verwaltung zu finden, in dem nicht Besetzung und Unterdrückung in größerem Maßstabe vorgekommen seien.

* Die Radikalen veranstalteten am

Sonntag, dem Jahrestage der Revolution vom 24. Februar 1848, in St. Mandé ein Banquet. Soblet versicherte, die Radikalen und Sozialisten seien nicht Feinde; sie seien im Gegenteil hinsichtlich gewisser Fragen einig, unter der Bedingung, daß die Sozialisten sich lediglich gesetzlicher Mittel zu bedienen beabsichtigten. Floquet erinnerte daran, daß die zweite Republik daran zu Grunde ging, weil sie die „belehnten Monarchisten“ in sich aufnahm.

Schweiz.

* Das Volk des Kantons Schaffhausen hat mit 4453 gegen 1527 Stimmen beschlossen, fortan seien alle Gesetze dem Volke obligatorisch zur Annahme oder Verwerfung mittels einer Volksabstimmung vorzulegen.

Rußland.

* Der neu ernannte russische Botschafter für Berlin, Fürst Lobanow, wird der Kreuz-Ztg. zufolge wahrscheinlich Anfang nächsten Monats seinen Berliner Posten antreten. Nach dem Tode Giers' hieß es, Lobanow würde Giers' Nachfolger werden. Ein solcher ist immer noch nicht bestimmt; von der Ernennung Lobanows scheint man aber abzusehen, wenn dieselbe überhaupt in Frage gekommen war.

* In Rußland wird jetzt heimlich ein „Offener Brief“ verbreitet, der sich gegen die Selbstherrlichkeit des Zaren ausspricht und dessen Verfasser der bekannte Graf Leo Tolstoi sein soll. Der letztere hat sich bisher noch nie in die eigentliche Politik gemischt und dürfte sein Auftreten bitter zu bereuen haben, wenn er wirklich der Verfasser wäre.

Afrika.

* In Ägypten ist wieder alles beim alten. Der Biskop hat den Engländern gegenüber kein Beizegehen; das gegenwärtige englisch-ägyptische Komitee bleibt im Amte.

Sien.

* Die neue japanische Kriegsanleihe von 100 Millionen Yen ist vom japanischen Landtag widerspruchslos bewilligt worden. Außerdem wurde ein Kredit von 3 Millionen Yen für Korea genehmigt.

* Die Japaner führen jetzt neue Verteidigungswerke auf und montieren neue Geschütze auf Yungtiao. Die Inseln sind durch ein Bataillon Infanterie und Artillerie besetzt. Die chinesischen Kriegsvorrate, die in die Hände der Japaner fielen, haben letztere mit einem Ueberfluß von Nahrungsmitteln versehen. Der von Marshall Oyama eingeleitete Jiol-Gouverneur hat einen Aufstand erlassen, in dem den Eingeborenen schonende Behandlung zugesagt wird.

* In China scheint man endlich an den Friedensabschluß zu denken oder vielmehr denken zu müssen. Nach einer Meldung der Times' hatte der amerikanische Missionar Reid in Peking eine Zusammenkunft mit der Majorität der Mitglieder des Großen Rates, die lebhaft den Frieden wünschten. Hauptmann Hammett hat die Organisation der Armeen aufgegeben in Folge des widerwilligen Verhaltens der chinesischen Beamten und infolge der Weigerung, die von dem Hauptmann für notwendig erachteten vorläufigen Bedingungen zuzustimmen.

Australien.

* Die republikanische Regierung auf Hawaii hat an der früheren Königin wegen des jüngsten Aufstandes zur Wiederherstellung des Königreichs schwere Vergehungen geübt. Nach einer Meldung aus Honolulu wurde die Königin Wilhelmina zu fünf Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 5000 Dollar verurteilt. Vielleicht wäre Verbannung auch genügende Sühne für den verunglückten Aufstand gewesen.

Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung der Montags-Sitzung steht zunächst die Interpellation Richter, betr. die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Cassel-

mann, deren Inhalt dahin geht, daß die großweimarische Regierung die Neuwahl für den Wahlkreis Eisenach vom 14. März auf Grund der alten Wählerlisten vom Mai 1893 ausgeführt habe. Der Reichsfanzler möge die weimarische Regierung zur Neuausarbeitung der Wählerlisten und Juridikation der Wahlenausführung veranlassen. Staatsminister v. Bötticher erklärte, daß die weimarische Regierung auf Veranlassung des Reichsfanzlers keine Wählerlisten ausarbeiten und einen anderen Wahltermin ansetzen wird. — Dem zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Vorlage über die Reichsfinanzreform. Staatssekretär Graf Rosabowski: Der Grund, warum dieser Gegenstand zum zweiten Male vorgelegt werde, liegt in den großen Schwankungen zwischen den Ueberweisungen und den Matrifikularbeiträgen der Einzelstaaten. Die Vorlage mache noch geringere finanzielle Ansprüche als die vorige, man habe sie deshalb in der Presse die keine Finanzreform genannt. Die kleineren Staaten hätten die Schwankungen zwischen Ueberweisungen und Matrifikularbeiträgen noch schwerer als Bremen: sie müßten oft alle Kulturaufgaben zurückstellen, um dem Reich zu genügen. Die Ueberweisungen seien früher ganz stillschweigend, mit der Zeit sei man aber zu Zahlungen gekommen. Der Gesetzentwurf wolle die Einzelstaaten davor sichern, daß sie mehr Matrifikularbeiträge zahlen, als sie an Ueberweisungen erhielten. Die Frankfurter Klausel müsse aufrecht erhalten bleiben. Ihr Zweck sei, die Bundesstaaten für die ihnen entgangenen indirekten Steuern schadlos zu halten. Daß die Einnahmen des Reiches erhöht werden müssen, sehe man allgemein ein, obwohl die Militär-Vorlage gestimmt und brauchten daher auch nicht für neue Mittel dazu zu sorgen. Die Biersteuer habe man ja, aber weiter nichts. Die Erhöhung des Postzeitungsstarifs, die Wehrsteuer, seien nicht annehmbar, es bliebe nur die Tabaksteuer. Gegen das Monopol verwehrt er sich entschieden. Ohne neue Einnahme könne der Reichetat schon jetzt nicht balanciert werden. — Abg. Richter (freil. Vp.) ist der Ansicht, daß dieses Gesetz eine sehr einschneidende Bedeutung sowohl in finanzieller wie konstitutioneller Hinsicht habe. Auch diejenigen, welche die Militärvorlage ablehnten hätten, bemüht sich, in der Budgetkommission Deckung zu finden, allerdings nicht durch neue Steuern. Sollten solche eingeführt werden, so seien sie nicht auf die schwachen Schultern zu legen, sondern nur auf die leistungsfähigen. Er halte die Vorlage als auch nicht im Interesse der Einzelstaaten liegend; sie werde denselben nicht entzerrt solche Vorteile bringen, wie man es darstelle, sondern recht bald finanzielle Nachteile und Restrukturierungen. Er bitte, das Gesetz nicht weiter zu beraten, es event. aber der Tabaksteuer-Kommission zu überweisen. — Vorp. Bundesbesoldungsmäßigte Frey, v. Stengel gibt zunächst eine gedrängte Uebersicht der bair. Finanzlage und behauptet, wenn das Reich nicht für die erforderlichen Mittel zur Deckung der gesteigerten Mehrausgaben selbst Sorge, werde auch ganz sicher im bairischen Haushalt ein Defizit eintreten, das nur durch Erhöhung der direkten Steuern beseitigt werden könne. Auch auf Annahme des Tabaksteuergesetzes lege die bairische Regierung den höchsten Wert. Der herzogl. meiningische Staatsminister v. Heim trat warm für die Vorlage ein, ebenso der weimar. Bundesrats-Vollmächtigte Neerwart. — Abg. Vieber (Zentr.): Der Unterschied der jetzigen Vorlage von der vorigjährigen verdiene genaue Beachtung. Die jetzige Vorlage lehne wieder ohne die Dotation von 40 Mill. Mark und verlange nur, daß die Matrifikularbeiträge niemals höher werden als die Ueberweisungen, dadurch werde sie annehmbar. Aber nur auf 5 Jahre diesen Modus einzuführen, könne das Zentrum nicht billigen. Die geschichtliche Erinnerung an die wertvolle Frankfurter Klausel dürfe nicht verlassen. — Abg. v. Frege (sonst.) sprach die Hoffnung aus, daß aus der Kommissionsberatung etwas Brauchbares hervorgehen möge; die Regierung habe wesentliche Konzeptionen gemacht.

Am Dienstag wird die erste Beratung der Gesetzentwurfs betr. die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reiches fortgesetzt. Abg. Enneccerus (nat.-lib.): Der Abg. Richter hat das Gesetz gestern als ein preussisches bezeichnet; den Bundesstaaten nähe es wenig und schade viel. Er hat das mit vielen Zahlen zu belegen versucht. Ich halte das Gesetz für bestimmt, die unangenehmen Schwankungen in den Matrifikularbeiträgen endlich zu beseitigen. Manche Staaten würden ein volles Viertel ihrer Gesamtsummen durch die Matrifikularbeiträge entzogen. Das vorliegende Gesetz will nun die deutschen Reichsfinanzen kräftigen. Man sagt mit Recht an die oft übertrieben erscheinende Sparanfekt in den Einzelstaaten, besonders in Preußen. Das Gesetz wird auch den Finanzen der Bundesstaaten aufhelfen. In meiner Partei hat dies Gesetz auch bei Gegnern der Tabaksteuer-Gesetzes Zustimmung gefunden. Die Lasten der Militärvorlage sollen auf die starken

Schultern gelegt werden, in gewissem Sinne ist das auch in der Tabaksteuer-Vorlage geschehen, denn die billigeren Zigaretten sind viel höher besteuert als die teureren. Das könnte man ja noch weiter ausführen, indem man erst bei 6 Hellig-Zigaretten eine kleine Preissteigerung eintreten läßt und nach oben die Säge erhebt. Eine allmähliche Schuldenbildung ist eine Lebensfrage des Reichs, darum nehmen Sie das Gesetz an. — Königl. sächs. Finanzminister v. Bagdof tritt in längerer Ausführungs für die Vorlage ein. — Abg. Bebel (soz.): Für die Einzelstaaten hat der bisherige Zustand insofern einen Nutzen gehabt, als die Staaten ihre direkten Steuern haben ausbauen können. Freilich, die großen Vermögen sind noch nirgends in genügender Weise für die Staatsfinanzen herangezogen. Preußen ist der einzige Bundesstaat, der eine Vermögenssteuer eingeführt hat. Durch die geplante Finanzreform werden diese guten Anlagen verfallen und nicht weiter genutzt werden. Diese Vorlage soll zugleich auch das Tabaksteuergesetz unter Dach bringen. Wer hier zustimmt, muß es dort auch. — Vorp. Bundesbesoldungsmäßigter Ministerialdirektor v. Stengel erwidert darauf, daß in Bayern eine Erbschaftsteuer bestehe, ferner eine Besteuerung des Einkommens halbfähige. — Vollmächtiger Sachsen-Deputierter Geh. Rat Herwarth tritt ebenfalls für den Entwurf ein. — Abg. Kardorff (freilist.): Herr Bebel sagt, wir wollten 30 000 Tabakarbeiter schädigen. Der Bebel will 25 Millionen schädigen, die Landwirtschaft treiben. — Staatssekretär Graf Rosabowski wandte sich eingehend gegen die Rede der Abg. Richter und Bebel, und widerlegte besonders die Behauptung, daß die Einzelstaaten nach Annahme dieser Vorlage das Interesse an der Sparanfekt im Reich verlieren würden. Auch die konstitutionelle Mitwirkung des Reichstages bei Feststellung des Budgets werde in keiner Weise eingeschränkt. — Abg. Meckel (freil. Vp.) warf einen historischen Rückblick auf die Finanzgeschichte des Reiches und kam dann zu einer lebhaften Empfehlung der Reichs-Einkommenssteuer. — Abg. Hü (Zentr.) schildert die bairischen Finanzverhältnisse sehr unter der Steigerung der Matrifikularbeiträge. Die Frankfurter Klausel habe den Inhalt verloren, wenn die Ueberweisungen hinter den Matrifikularbeiträgen zurückblieben. — Abg. Richter (freil. Vp.) polemisiert des längeren gegen die Ausfahrungen der Vordredner. Mit der Annahme der Vorlage breche der Reichstag die Werke, die sein Finanzwesen bewilligungsberechtigten, selbst ab. Am Schluß warnte Richter nochmals vor der Tabaksteuer wegen 18 Millionen Mehretrag solle man nicht die ganze Fabrikation auf eine neue Grundlage stellen. — Darauf wird die Debatte geschlossen und die Vorlage an die Tabaksteuerkommission verwiesen. — Es folgten Wahlprüfungen, wobei die Wahl des Abg. König-Rassel (Anst.) für ungültig erklärt wurde.

Verständlicher Landtag.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Montag die Beratung des Kultusbudgets fort. Es wurde nur das Kapitel „Höhere Lehranstalten“ erledigt. Auf Antrag des Abg. Seyffardt-Wagbeurg (nat.-lib.) entwickelte sich eine Debatte über die Forderungen der Gewerkschaften bezüglich der Bestimmung nach Rang und Gehaltsverhältnissen. Minister Bosse nahm jedoch eine ablehnende Haltung ein.

Am Dienstag setzte das Abgeordnetenhaus die Beratung des Kultusbudgets bei Kapitel „Elementar-Schulwesen“ fort. Auf eine Beschwerde des Abg. Borch gab Kultusminister Bosse wiederum die Erklärung ab, daß die katholischen Lehrer bezüglich der Berechtigung vollständig den evangelischen gleich gestellt seien und daß aus der Zugehörigkeit zu einem katholischen Lehrerverein kein Hindernisgrund für die Anstellung hergenommen werden dürfe. Falls die ganze weitere Debatte drehte sich um die Frage des polnischen Sprachunterrichts in den oberösterreichischen Schulen, wobei Minister Bosse einschüden Stellung gegen die national-polnische Agitation in Oberösterreich nahm.

Von Nah und Fern.

Die böse Influenza. In Berlin sind augenblicklich nach Angabe der Ärzte ganz Stadtteile von der Influenza durchseucht. Die Ärzte vermögen kaum den an sie gestellten Anforderungen zu genügen und in den Apotheken herrscht nach den vergangenen Monaten geschäftlicher Flaue reges Leben infolge des Begehrens nach Influenzamedikamenten, von denen auch jetzt wieder das Salicylin die stärkste Nachfrage erfährt. Im allgemeinen tritt die Influenza diesmal etwas quateriger als früher auf. Da die früheren Epidemien regelmäßig mit Ausbruch des Winters erlöschten, darf auf ein baldiges Verschwinden des unheimlichen Gastes gerechnet werden.

Gekettet.

23
Pierrepont ging von ihr, sie zitternd und bleich zurücklassend. So sah sie da; nur ab und zu warnte sie vor sich hin: „Ja, nun ist alles vorbei; nie werde ich wieder ein freundliches Wort von ihm hören, bis — bis er selbst mich vielleicht — fortjchickt.“

24
In die elenden Tage nach der traurigen Szene im blauen Zimmer fiel als ein schwacher Lichtstrahl Terry Eugdens feuriges Dankschreiben. Hilba reichte ihrem Gatten den Brief. Er las ihn und erklärte sich mit allem Einverständnis.

Hilba sagte zaghaft: „Es soll also dabei bleiben daß Terry hier ihre Ausstattung besorgt und ihre Hochzeit feiert?“
„Warum nicht?“ fragte er dagegen. „Wenn wir nicht in der glücklichsten Ehe leben, soll das ein Grund für Mister Betterton und Miss Eugden sein, ebenfalls nicht zum glücklichen Ziel zu gelangen? Du hast die Rechnungen nur an mich zu weisen.“
Hilba antwortete nicht und Hayes bemühte sich ebensoviele, die Unterhaltung fortzuführen, wie er sich auch nicht mehr bemühte, sein unglückliches Verhältnis vor den Leuten zu verbergen.

Das Gesinde hatte früher wohl lächelnde Bemerkungen über Hugo Madenzies Verkehr mit der Herrin gemacht; jetzt seckte man die Köpfe

ernsthafter zusammen, nachdem der Herr zurückgekehrt war und seiner Gemahlin meist finstere schweigend gegenüber saß.

Trog allem wurde der Besuch im Wetmanhurst auszuführen und Hilba fühlte sich wohlthunend durch den herzlichen Empfang Lady Toccatas berührt.

Als Hilba in den Empfangssaal trat, fand sie bereits zahlreiche Gäste dort versammelt. Tenterden und der junge Dennyff geprüfften sie schon am Eingang mit ungelächelter Freude, so daß sie schnell mit ihnen in lebhaftes Unterhaltung vertieft war. Nichtsdestoweniger beobachtete sie scharf die Fühlthür, durch die die Gäste eintraten, und glaubte zu bemerken, daß Pierrepont das gleiche thue.

Endlich, nur eine Minute vor dem Essen, erschien die Erwartete: Mister Mannjov. Lord Toccata ging ihr sofort entgegen, sie auf das verbindlichste begrüßend. So harmlos Hilba scheinbar ihr Gespräch mit Tenterden und Dennyff fortführte, so genau nahmen ihre Augen jede Einzelheit in der Erscheinung der jungen Schriftstellerin ein. Sie stand gerade unter einer Lampe, die dem lichtblauen Seidenkleid mit dem Besatz von Stahlperlen einen besonderen Reiz verlieh. Das feine Gesicht, von der Erregung des Augenblicks geröthet, die wohlbrannten Augen blühend, der wohlgeformte Kopf auf einer stattlichen Gestalt — es war ein Bild, so anziehend, so anmutig, daß das Herz Hilbas sich in plötzlichen Weh zusammenkrämpfte. Wehhalb? — Sie wagte es sich selbst nicht zu

sagen. Gespannt beobachtete sie Pierreponts Begrüßung mit Mister Mannjov; aber seine ernste Verneigung ließ keinen Argwohn Raum. Bei Tisch saßen Pierrepont und Mister Mannjov ziemlich gegenüber von Hilba, und sie fühlte sich mehrmals von Mister Mannjov fixirt.
Nach dem Essen nahm Lotta Toccata, die älteste Tochter des Hauses, Hilba in Anspruch, indem sie ihr einige Zeichnungen von ihrer verheirateten Schwester Ramci zeigte.
Lotta plauderte gemüthlich dabei. „Ich fragte Mister Leighs nach Ihren besonderen Liebhabereien, da kam ich hinter Ihr Talent zum Porträtieren. Mister Leigh hat Skizzen von Ihnen gezeichnet, die vortrefflich sein sollen.“
„O, sie hat aber Porträts von Mister Burtonshaw und dem kleinen Hubert gezeichnet, die brillant getroffen sind“, beharrte Lotta.
Hilba gab zu, daß sie ab und zu in Ruhestunden porträtirte, aber nur skizzenhaft, ohne Ausführung.
Hilba lächelte. „Mister Leigh ist sehr gütig, mir ein Talent anzubieten, welches ich wirklich nur in höchst geringem Grade besitze.“
Pierrepont trat zu Hilba. „Mister Mannjov wünscht dich kennen zu lernen, willst du mit mir kommen?“
„Gut“, sagte Lotta Toccata, „so nehmen Sie Ihre Frau mit sich; ich sehe, meine Mutter winkt mir.“
Hilba wartete, bis Lotta sich entfernt hatte; danach sprach sie ruhig: „Ich wünsche nicht, Mister Mannjov vorgestellt zu werden.“
Pierrepont sah seine Gattin erstaunt an.

„Was hast du für einen Grund für diese Weigerung?“

„Darf ich meine Freunde nicht nach meinem Geschmack wählen?“

„Es handelt sich hier um eine gefellige Form, nicht um Freundschaft.“

„Und ich verweigere diese Form der Dame.“

Pierrepont war vollständig perplex durch diese Art seiner Frau. Noch niemals hatte sie ihm offen widersprochen.

„Aber, Hilba“, sagte er dringend, „du kannst doch einer Dame, die mit dir unter demselben gastlichen Dach weilt, nicht die gewöhnliche Höflichkeit verweigern? Wenn du jetzt nicht zu ihr gehst, wird sie sich später dir vorstellen lassen. Willst du dann eine Szene hervorrufen?“

Müsig erwiderte Hilba: „Nein, solche Unzulässigkeit werde ich nicht begehen. Wenn Mister Mannjov darauf besteht, meine Bekanntschaft zu machen, so werde ich mich der Notwendigkeit unterziehen. Was ich verweigere, ist nur, ihre Bekanntschaft aufzuheben.“

Mister Hayes zuckte verdrossen die Achseln. „Du bist das unlogischste Wesen, das, glaube ich, je auf Erden existirt hat.“

„Da sich Lord Tenterden soeben näherte, wandte er sich an diesen. „Lieber Tenterden, Sie könnten mir einen großen Dienst erweisen, indem Sie diese kleine Frau ein wenig ins Gebet nehmen. Sie ist plötzlich so schüchtern geworden, daß sie erklärt, sich nicht der Mister Mannjov vorstellen zu können. Neben Sie ihr doch diese Marotte aus, während ich sie bei Mister Mannjov entschuldige.“